



Alexander Graf York von Wartenburg

30 Jahre Deutschland in den Vereinten Nationen

*Vortrag anlässlich der Eröffnung der Ausstellung
„30 Jahre Deutschland in den Vereinten Nationen“*

07. Juni 2004

FPJ-Nr. 16/2004

Institut für Politikwissenschaft

D – 07740 Jena Tel.: 03641/945431
Ernst-Abbe-Platz 8 Fax: 03641/945432

FORUM POLITICUM JENENSE

FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT JENA

Alexander Graf York von Wartenburg

30 Jahre Deutschland in den Vereinigten Nationen

*Vortrag anlässlich der Eröffnung der Ausstellung
„30 Jahre Deutschland in den Vereinten Nationen“*

07. Juni 2004

FPJ-Nr. 16/2004

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Alexander Graf York von Wartenburg:
30 Jahre Deutschland in den Vereinten Nationen

Vortrag anlässlich der Eröffnung der Ausstellung
„30 Jahre Deutschland in den Vereinten Nationen“

Jena: Universitätsdruckerei, 2004

Forum Politicum Jenense, Beitrag Nr. 16

ISBN 3-9807645-5-9

FORUM POLITICUM JENENSE

Beitrag Nr. 16

Herausgeber:

Institut für Politikwissenschaft,
Friedrich-Schiller-Universität Jena
Ernst-Abbe-Platz 8

07740 Jena

Tel.: 03641/945431

Fax: 03641/945432

Copyright: 2004 by Institut für Politikwissenschaft, Jena

Bezug über Herausgeber gegen Herstellungskosten + Versand

ISBN 3-9807645-5-9

Euer Magnifizenz,
 Lieber Herr Fröhlich,
 Sehr geehrte Damen und Herren,

I.

Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre liebenswürdigen Worte. Ich bin Ihrer Einladung gerne gefolgt und freue mich, wieder einmal in Ihrer ehrwürdigen Stadt zu sein, der ich mich – und auch der Friedrich-Schiller-Universität – durch meine Freundschaft zu Professor *Klaus Dicke*, Ihrem neuen Rektor, seit langem verbunden fühle.

30 Jahre deutsche Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen! Das fordert zu Rückblicken auf und das rechtfertigt vielleicht auch, dass sie einen solchen Veteranen wie mich (mit Betonung auf *vetus*) eingeladen haben, dazu ein paar Worte zu sagen. Immerhin habe ich fast ein Drittel von diesen 30 Jahren in verschiedenen Funktionen in New York mitgemacht.

Vieles, was in diesen 30 Jahren geschehen ist, ist bereits Geschichte geworden. Aber es ist ja wohl der Sinn einer solchen Ausstellung, wie wir sie jetzt eröffnen wollen, an diese Dinge zu erinnern, damit sie in unserer schnell dahin rasenden Zeit nicht ganz vergessen werden. Ich möchte den Organisatoren dafür danken. Vielleicht haben sie sich dabei auch von einem Worte *Jacob Burckhardts* leiten lassen, der meinte, die Geschichte mache uns nicht notwendigerweise klüger für ein andermal, aber – wenn wir es denn wollen – ein wenig weiser für immer.

Nun fühle ich mich weder berufen noch in der Lage, im Sinne *Burckhardts* jetzt die Essenz 30-jähriger, VN-politischer Weisheit vor Ihnen auszubreiten. Erlauben Sie mir jedoch, dass ich aus dem vielfältigen Spektrum multilateraler Aktivitäten, an denen wir seit unserem Beitritt zu den Vereinten Nationen beteiligt waren, drei Bereiche herausgreife, die zu den Kernaufgaben der VN gehören: Die Zusammenarbeit im Nord-Süd-Verhältnis, die Rechtsentwicklung und die Friedenssicherung. Dazu gehören natürlich auch – wie bei jeder guten Vorlesung – ein paar Anmerkungen zur Vorgeschichte.

II.

An der Gründung der Vereinten Nationen in San Francisco waren wir nicht beteiligt. Das Deutsche Reich war zusammengebrochen. Alles, was wir

damals von der UNO wahrnahmen, waren Hilfspakete oder Schulspeisungen von UNICEF.

Die Vorstellung, dass die Siegermächte den Weltfrieden nun einträchtig und gemeinsam unter der UNO-Flagge wahren würden, wurde aber schon bald von dem heraufkommenden Ost-West-Antagonismus verdunkelt. Der Eiserner Vorhang teilte Europa. Hüben und drüben integrierten sich die beiden deutschen Teile in das jeweilige Blocksystem. Die Bewohner der DDR wurden nicht gefragt, ob sie Angehörige einer Volksrepublik werden wollten und mussten sich der Einführung des realen Sozialismus beugen.

Wir im Westen hatten das Glück, das Land mit der Marshall-Plan-Hilfe wieder aufzubauen und nach dem Londoner Schuldenabkommen auch wieder Zugang zum Welthandel finden zu können. Der Wunsch der Bundesrepublik nach Wiedereingliederung in die internationale Gemeinschaft fand Gehör. In den 50er Jahren wurde sie Mitglied aller Sonderorganisationen der Vereinten Nationen und auch einer Reihe von Spezialorganen der Generalversammlung wie z.B. des UNDP, beim UNHCR, bei UNICEF und anderen.

Hier war es möglich, in allen Fachbereichen – auch bei der Weltbank und dem Währungsfonds – aktiv mitzuarbeiten. Allerdings unterhalb der Schwelle der Vollmitgliedschaft bei den VN selbst. Denn die Zustimmung der Sowjetunion dazu war aussichtslos, solange wir darauf bestanden, für das ganze Deutschland zu sprechen und die DDR von diesen internationalen Bühnen fern zu halten. Auf den Zugang zu der politischen Plattform in New York mussten wir folglich verzichten.

Man nannte das damals „aktive Nicht-Mitgliedschaft“. Aber das war nur ein freundlicher Ausdruck dafür, dass es eigentlich keine deutsche VN-Politik gab. Unter der damaligen politischen Interessenabwägung war es aber ein durchaus befriedigender Zustand.

Er hatte allerdings einen Nachteil: Die deutsche Öffentlichkeit gewöhnte sich daran. Man war zufrieden, dass wir ja in diesen fachlichen Bereichen mitwirkten und damit auch internationales Ansehen gewannen. Aber die dortige Arbeit war eben technischer Natur und erregte über den Kreis der Experten hinaus kaum öffentliches Interesse. Man hielt die Vereinten Nationen ganz allgemein für eine gute Sache, sicherlich notwendig, auch nützlich. Aber ihr politisches Zentrum – ohnehin blockiert durch den Kalten Krieg, vor allem in der deutschen Frage – schien doch sehr weit von uns

entfernt zu sein. So hatte sich in der öffentlichen Meinung bei uns – im Gegensatz zu anderen Ländern wie etwa Kanada oder Skandinavien – nie eine wirkliche Begeisterung für die VN entwickelt.

Inzwischen hatten die Vereinten Nationen in der Suez-Krise mit *Hamarskjölds* Blauhelmen bewiesen, dass sie wirksam und (wie es heute heißt) innovativ zu handeln vermochten. Dies galt auch für die große Welle der Dekolonisierungen, mit der immer weitere Länder in Asien und Afrika unabhängig wurden. Ohne die Vereinten Nationen wäre dieser Prozess sehr viel blutiger und langwieriger verlaufen, was dann an den langen Befreiungskämpfen in den portugiesischen Kolonien deutlich wurde. Aber nun wandelte sich das Bild: Die Dritte Welt stellte jetzt die überwiegende Mehrheit und betrachtete die UNO als ihre Organisation. Mit Recht, denn es ist die einzige Plattform, auf der sie sich zu Gehör bringen kann.

Bei uns setzte sich die Ostpolitik *Willy Brandts* durch und schuf mit dem Vier-Mächte-Abkommen über Berlin und dem Grundlagenvertrag mit der DDR die Voraussetzungen für die Aufnahme der beiden deutschen Staaten in die Vereinten Nationen. Ihr Beitritt im September 1973 wurde von allen Seiten als ein Zeichen der Entspannung lebhaft begrüßt.

In den zahlreichen Kommissionen, Ausschüssen und Arbeitsgruppen, in die wir alsbald gewählt wurden, saßen jetzt stets zwei Deutsche. Deren Verhältnis zu einander kann man eigentlich nur als das eines im Wesentlichen unpersönlichen Nebeneinanders beschreiben. Das einzige Miteinander war die Initiative zur Gründung des deutschen Übersetzungsdienstes der Vereinten Nationen, von dem wir uns nicht nur die Übertragung wichtiger Dokumente ins Deutsche erhofften, sondern auch eine einheitliche deutsche Fassung der UNO-Fachterminologie. War dies aber schon bei rein technischen Bezeichnungen schwierig (ob es also Sitzung oder Tagung, Komitee oder Ausschuss heißen sollte) so brachten Begriffe mit politischen Inhalten oder Untertönen ständige Auseinandersetzungen. Die DDR war den Ärger schließlich leid und zog sich aus dem Übersetzungsdienst zurück.

Ein offenes Gegeneinander gab es nur, wenn wir Bundesrepublikaner im Plenum oder in einem Ausschuss einmal von der „deutschen Gesetzgebung“ oder dem „deutschen Volk“ sprachen. Dann erklärte der DDR-Kollege sofort, so etwas gäbe es nicht, sondern nur eine Gesetzgebung oder ein Volk der BRD. Die DDR hatte es im Allgemeinen schwer, sich von dem Bilde eines übergetreuen Schülers der Sowjetunion zu lösen. Aller-

dings haben sich einige ihrer Vertreter, wenn sie Konferenzämter innehatten, mit Erfolg bemüht, die Verhandlungen sachgerecht und unparteiisch zu leiten und konstruktiv auf Einvernehmen und Konsens hinzuwirken.

III.

Wenige Tage nach unserem Beitritt brach der Yom-Kippur-Krieg zwischen Ägypten und Israel aus. Jetzt entdeckten die Araber und andere OPEC-Länder, dass sie das Öl als ein wirksames Druckmittel gegen die Industrieländer einsetzen konnten. Der Ölpreis stieg von drei zunächst auf zwölf, später auf 30 Dollar. Das war damals ein weitaus heftigerer Schock als die heutigen Preissteigerungen. Der Versuch, eine Gegenfront der Verbraucher aufzubauen, scheiterte an Versorgungsängsten, besonders der Franzosen. Man ließ sich bereden, über die Energiefrage lieber auf der Ebene der UNO zu verhandeln. Bei der dafür 1974 angesetzten Sonder-Generalversammlung ließen die Entwicklungsländer es dann aber nicht zu, dass das Wort Energie überhaupt erwähnt wurde.

Stattdessen verkündeten sie den Aktionsplan einer sog. Neuen Weltwirtschaftsordnung, ein Bündel von radikalen, dirigistischen Maßnahmen aus den Lehrbüchern der Staats- und Kommandowirtschaft. Einige ihrer Forderungen waren in der Substanz durchaus berechtigt. Sie verlangten mehr finanzielle und technische Hilfe und präferenzielle Vorteile, um sich gegen die für sie kaum kontrollierbaren Einflüsse der Weltmärkte besser behaupten zu können. Sie haben diese Hilfe teilweise auch erhalten, wenn auch in anderer Form. Aber die Methoden, die sie nunmehr eingeführt sehen wollten, erschienen größtenteils widersinnig. Die Reichen wären damit gewiss ärmer, die Armen aber nicht reicher geworden.

Wir hatten geglaubt, dass wir als ein wichtiges Geberland mit unserer entwicklungspolitischen Erfahrung in den Vereinten Nationen einen konzeptionellen Beitrag würden leisten können. So aber fanden wir uns, kaum dass wir diese Bühne betreten hatten, zusammen mit den anderen Hauptindustrieländern auf eine Art Anklagebank versetzt als Repräsentanten der Marktkräfte, die nun für alle Nöte der Dritten Welt verantwortlich gemacht wurden. Mit unserem Eintreten für die Prinzipien, auf denen schließlich unser eigener wirtschaftlicher Erfolg beruhte, zählten wir zunächst einmal zu den ungeliebten Hardlinern, gewannen aber dennoch – oder vielleicht gerade deswegen – zunehmend an Respekt. Dass wir dabei für einige Jahre in die Defensive gerieten, hat wiederum die Popularität der VN in Deutschland nicht gerade gefördert.

Hätte es aber das Forum der Vereinten Nationen damals nicht gegeben, wäre wohl der Nord- Süd-Konflikt kaum zu beherrschen gewesen. Es wäre zu erheblichen Störungen der Rohstoffversorgung und des Welthandels gekommen. So aber konnten die Debatten in New York dazu beitragen, dass die Entwicklungsländer Ventile für ihren Unmut fanden und die Konfrontation allmählich in einen konstruktiveren Dialog übergeleitet werden konnte, bei dem sich bald nicht mehr nur ideologische Standpunkte gegenüberstanden, sondern das Bemühen hervortrat, die Diskussionen zu versachlichen, sie auf die Interessen einzelner Ländergruppen und Regionen und auf konkrete Sachfragen zu lenken. Dies hat bewirkt, dass sich auch bei den Industrieländern manche Positionen positiv veränderten. So galt zuvor die Einräumung allgemeiner einseitiger Handelspräferenzen als eine Sünde wider den Geist der Reziprozität. Jetzt war die EG stolz darauf, sie gegenüber den Entwicklungsländern einzuführen. Ähnliches galt für die Bereitstellung von Mitteln zur Stabilisierung von Exporterlösen bei armen Ländern mit Monokulturen – um nur einige Beispiele zu nennen. Bei den Entwicklungsländern wuchs – nicht ohne Schmerzen – das Bewusstsein für ihre Eigenverantwortlichkeit in dem Sinne, dass sie zur Besserung ihrer Lage bei sich selbst ein gewisses Maß an Stabilität und das erforderliche Investitionsklima schaffen müssen.

In der heutigen Anti-Globalisierungsdebatte kommen – wenn auch nicht in den Vereinten Nationen, sondern mehr auf der Strasse – die konfrontativen, ideologischen Argumente, die wir damals kennen lernten, wie auf einer neuen Welle wieder hoch. Sie werden wie damals auch wieder verebben, weil die Einsicht in die Realitäten letztlich stärker sein wird.

Unser eigener Beitrag zu diesem Dialog konzentrierte sich zunächst einmal auf Sachfragen wie u.a. Umwelt, Klima, Wüstenbildung und auf die Herbeiführung von vernünftigen Positionen der EG, die zu dieser Zeit begann, wo immer möglich mit einer Stimme zu sprechen und immer mehr in die Rolle eines Hauptgesprächspartners der Dritten Welt hineinwuchs. Eine Frage, der wir uns besonders gewidmet haben und mit der wir uns in den Vereinten Nationen auch weiterhin beschäftigen, wird eines der größten Probleme der Zukunft sein: die ausreichende und gerechte Verteilung des Wassers. Hierfür müssen in den Vereinten Nationen Grundsätze erarbeitet werden, bevor es darüber in einzelnen Weltregionen zu schweren Konflikten kommt. Die Vereinten Nationen sollen ja nicht nur eine Cassandra sein, die kommendes Unheil voraussieht, sondern eine Institution, die Wege aufzeigt, um es abzuwenden.

IV.

Viel zu wenig gewürdigt wird der Beitrag der Vereinten Nationen zur Weiterentwicklung des Völkerrechts mit dem Ziel, die internationalen Beziehungen mehr und mehr zu verrechtlichen oder – wie *Klaus Dicke* es nennt – den Frieden als Rechtsordnung zu konstituieren. Dieses Ziel ist auf lange Sicht angelegt. Gerade für ein Land mittlerer Macht und Größe wie Deutschland ist es aber von herausragender Bedeutung. Denn es will die Mächtigen ja einbinden in ein Geflecht rechtlicher Verantwortlichkeiten, um sie berechenbarer zu machen – vielleicht auch, um sie vor sich selber zu schützen. Alle Bundesregierungen haben in dieser Zielsetzung einen besonders hohen Wert der Vereinten Nationen gesehen und sich dort dafür eingesetzt.

Im Zentrum dieser Bemühungen stehen die Menschenrechte. Hierzu ist in den VN auf der Grundlage der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der beiden Pakte über die politischen und sozialen Rechte eine große Zahl von Konventionen und Instrumenten geschaffen worden. Wir sind ihnen allen frühzeitig beigetreten. Einige, z.B. das Protokoll über die Abschaffung der Todesstrafe, gehen auf unsere Initiative zurück.

Ganz wesentlich war aber auch der Beitrag, den deutsche Persönlichkeiten – *ad personam* gewählt – in verschiedenen Überwachungsausschüssen und in der Völkerrechtskommission geleistet haben. Ich denke dabei, um nur einige zu nennen, an *Karl Josef Partsch*, an *Christian Tomuschat*, *Rüdiger Wolfrum*, *Bruno Simma*, aber auch an die deutschen Richter am Internationalen Gerichtshof in Den Haag, *Hermann Mosler* und *Carl August Fleischhauer*. Letzterer hatte sich zuvor schon fast zehn Jahre lang als Leiter der Rechtsabteilung des Sekretariates große Verdienste um die Vereinten Nationen erworben.

Der Einforderung der Menschenrechte haben totalitäre Regime immer wieder das Verbot der Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten entgegengehalten und sie tun es weiterhin. Wir haben kräftig dagegen gestritten und wesentlich dazu beigetragen, dass diese Barriere allmählich zurückgedrängt wurde, so dass das Nichteinmischungsargument allein die Anprangerung massiver Menschenrechtsverletzungen vor den Gremien der Vereinten Nationen heute nicht mehr aufhalten kann.

Beständig haben wir uns für die Verbesserung des Instrumentariums der Vereinten Nationen eingesetzt, etwa für die Entsendung von Sonderberichterstattern und für die sogenannten Beratenden Dienste des Men-

schenrechtszentrums in Genf. Wie soll eine menschenrechtskonforme Gefängnisordnung aussehen? Wie können die Strafprozessvorschriften verbessert werden? Eine Reihe interessierter Staaten hat diese Dienste mit gutem Ergebnis in Anspruch genommen. Auf unser Drängen ist das Amt des Hochkommissars für Menschenrechte eingerichtet worden. Ihm haben wir nachdrücklich geholfen, in bestimmte Länder Feldmissionen zu entsenden, die dort die Funktion der Beratung, aber auch der Kontrolle ausüben sollen. Wesentlich war auch der deutsche Beitrag zur Gründung des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag.

Der internationale Druck, der mit der Geltendmachung der Menschenrechte von den Vereinten Nationen ausgegangen ist, war von erheblicher politischer Bedeutung. Er hat zum Abgang der kommunistischen Regime in Europa beigetragen und mitgeholfen, die Apartheid in Südafrika zu beseitigen. Er muss aufrechterhalten werden. Leider ist das Bild, das wir heute in der Menschenrechtskommission sehen, nicht mehr so eindeutig.

Man muss sich allerdings auch bewusst bleiben, dass es sich bei der Durchsetzung der Menschenrechte um einen sensiblen, langfristigen Prozess handelt, der vor allem geduldige Überzeugungsarbeit erfordert. Menschenrechtspolitik muss glaubwürdig und ehrlich sein. Sie darf nicht für innenpolitische Zwecke instrumentalisiert werden. Sie darf auch nicht plötzlich auf Eis gelegt werden, weil sie angeblich der Terrorismusbekämpfung im Wege steht. Was jüngst im Irak im Gefängnis von Abu Ghraib geschehen ist und was offenbar weiterhin in Guantanamo geschieht, ist ein schwerer Rückschlag. Damit kann es keine Solidarität geben, auch nicht, wenn diese Dinge – wie zu erwarten steht – bei der nächsten Tagung der Menschenrechtskommission zur Sprache kommen werden.

V.

Nun zu dem Aufgabenbereich, der die Vereinten Nationen nach außen am Sichtbarsten macht, der Friedenssicherung. In den Zeiten *Hammarskjölds* und *U Thants* waren wir an den Blauhelm-Operationen natürlich nicht beteiligt. Wir haben uns auch als VN-Mitglied zunächst von solchen Aktionen zurückgehalten. Wir wollten vermeiden, dass dabei am Ende zwei deutsche Kontingente auftreten würden, der Bundeswehr und der Volksarmee. Später hinderten die Bundeswehr angeblich verfassungsrechtliche Bedenken. Ich habe das stets für VN-Politik à la *Palmström* gehalten: Es konnte nicht sein, weil es nicht sein durfte, damit wir es auch gar nicht erst zu wollen brauchten. Dies ist erst in Karlsruhe zufrieden stellend geregelt

worden und heute beteiligen wir uns auf dem Balkan und in Afghanistan auch mit der Bundeswehr.

Gleichwohl haben wir nach unserem Beitritt schon bald, wenn auch nicht militärisch, so doch diplomatisch, in den Vereinten Nationen eine führende Rolle bei Vorhaben der Friedenspolitik gespielt. Die Gelegenheit dazu bot sich, als wir für die Jahre 1977/78 zum ersten Mal in den Sicherheitsrat gewählt wurden.

In der Ständigen Vertretung hatten wir schon überlegt, ob nicht vielleicht in der Namibiafrage etwas Positives bewirkt werden könnte. Da traf es sich gut, dass *Rüdiger v. Wechmar*, unser Botschafter, bald bei unserem Amtsantritt im Sicherheitsrat von dem amerikanischen Ständigen Vertreter gerade auf dieses Thema angesprochen wurde.

Namibia war praktisch das letzte Territorium in Afrika, das noch nicht selbständig geworden war. Südafrika hatte sich dort mit Berufung auf sein Völkerbundsmandat festgesetzt und unterdrückte die Befreiungsbestrebungen der SWAPO. Diese hatte von Angola und von Sambia aus den bewaffneten Kampf aufgenommen, der zu einem Bürgerkrieg zu eskalieren drohte. Auf Drängen der afrikanischen und sozialistischen Staaten schufen die VN den sogenannten Namibiarat, der das Land in allen Angelegenheiten verwalten sollte, dort aber nicht hereingelassen wurde und sich stattdessen zu einem Propagandaforum gegen den Westen entwickelte. Allmählich vergiftete das Namibiaproblem die westlichen Beziehungen zu ganz Afrika.

Dies war die Ausgangslage des Gespräches der beiden Botschafter. *Andrew Young*, der Amerikaner, schlug vor, die Vertreter der drei anderen westlichen Mitglieder des Sicherheitsrats – Kanadas, Frankreichs und Englands – hinzu zu ziehen, um konkrete Schritte zu besprechen. Man solle sich übermorgen zum Frühstück treffen. *Wechmar* zögerte. Da müsse er erst mit Bonn Kontakt aufnehmen. "Was," fragte *Andy Young* erstaunt, „Sie brauchen die Erlaubnis Ihres Ministers, um zu frühstücken?“ *Wechmar* erwiderte, schon ein solches Treffen sei ein Politikum und überdies sei er nicht, wie *Young*, Kabinettsmitglied. Nun, das Frühstück fand statt und mit ihm begann die Arbeit der sogenannten Kontaktgruppe, die die Namibiafrage während der nächsten 18 Monate intensiv in die Hand nahm.

Das Ziel war es, einen Prozess der Überleitung Namibias in die Unabhängigkeit herbeizuführen, an dessen Ende freie demokratische Wahlen ste-

hen sollten. Würden die SWAPO und Südafrika, würden die afrikanischen Nachbarstaaten sowie die internen Gruppen in Namibia dem zustimmen, dann sollte dieser Prozess von den Vereinten Nationen durchgeführt und überwacht werden.

Ein förmliches Mandat für diese Kontaktgruppe hat es nie gegeben. Der Sicherheitsrat wurde jedoch darüber informiert, dass sie einen Verhandlungsversuch unternehmen werde. Dabei gab es keinen Widerspruch, auch nicht von der Sowjetunion, die den Schwarzen Peter und das Risiko gern beim Westen belassen wollte und erklärte, sie werde alles mitmachen, was die SWAPO mitmachen werde.

Die Verhandlungen, die nun in New York und im südlichen Afrika geführt wurden und bei denen wir zeitweise die Hauptlast zutragen hatten, waren mühsam. Zuerst wollten sich die Vertreter von Südafrika und SWAPO nicht an einen Tisch setzen. Es mussten mit ihnen getrennte Gespräche geführt werden. Die Frontlinienstaaten, Sambia und Angola, waren anfangs auch schwierige Partner. Da ihnen aber die Gastgeberrolle für SWAPO inzwischen zu einer recht teuren Last geworden war, erwiesen sie sich bald doch als hilfreich, wenn es galt die Kompromissbereitschaft der SWAPO zu fördern. Diese betrachtete sich als die einzige legitime Vertreterin des namibischen Volkes und wollte nicht einsehen, weshalb sie sich dann dort noch zur Wahl stellen sollte. Sie willigte schließlich ein, als sie überzeugt war, die Wahlen am Ende zu gewinnen. Uns fiel u.a. die Aufgabe zu, die deutschsprachigen Gruppen in Namibia davon zu überzeugen, dass ihre Interessen auch nach der Unabhängigkeit geschützt bleiben würden. Allmählich kam ein Klima des Vertrauens zustande, das selbst wieder Druck auf weiteren Fortschritt ausübte.

Am Schluss hatte die Kontaktgruppe erreicht, was kaum jemand für möglich gehalten hatte: Zustimmung zu einem detaillierten Szenario mit einem Zeitplan von der Feuereinstellung über die Entwaffnung der Guerillas und der Vorbereitung der Wahlen bis zur Übertragung der gesamten Verwaltung auf die Vereinten Nationen und dann auf eine neue namibische Regierung. Auf dieser Basis verabschiedete der Sicherheitsrat die berühmte Resolution 435 mit der auch beschlossen wurde, eine Friedensmission von sieben Bataillonen Blauhelmen und 1500 Polizisten und Zivilbeamten nach Namibia zu entsenden.

Für die Sowjets war dieses Ergebnis ein ziemlicher Schock. Sie hatten fest mit dem Scheitern der Kontaktgruppe gerechnet und jetzt hatte sich der Westen sogar in der Frage freier Wahlen durchgesetzt. Da aber die

SWAPO zugestimmt hatte, konnten sie der Unabhängigkeit Namibias nicht im Wege stehen. Mit geballter Faust in der Tasche enthielten sie sich der Stimme.

Leider dauerte es mehr als zehn Jahre, bis die Resolution tatsächlich ins Werk gesetzt werden konnte. Geschickt und clever erfanden die Südafrikaner immer neue Hindernisse, zuletzt das sogenannte Kubaner-Junktim, das hieß, dass die Namibia-Lösung solange aufgeschoben war, wie kubanische Truppen in Angola kämpften. Erst als Gorbatschow Kuba zu deren Rückzug veranlasste, war der Weg frei. Ab 1989 führten die Vereinten Nationen die Friedensmission bis ins Detail genau so durch, wie sie 1978 geplant worden war.

Namibia war ein großer Erfolg für die VN. Es war der klassische Fall vorbeugender Kriegsverhütung und wurde später, insbesondere mit der Kombination militärischer und ziviler Elemente, zum Modell für die VN-Missionen in Kambodscha und in Mosambik. Die Lehre daraus ist: Bevor Blauhelme entsandt werden, muss ein genauer und zeitlich fixierter Friedensplan vorliegen, der – und das ist das Wichtigste – mit den Konfliktparteien ausgehandelt ist. Die VN können Frieden bringen, wenn die Beteiligten wirklich Frieden wollen. Fehlt ihnen dieser Wille, dann sollten Blauhelm-Missionen besser erst gar nicht ausgesandt werden, weil sie sonst in einem Desaster scheitern – wie in Somalia und in Bosnien.

Namibia war auch ein Erfolg für uns und unser Ansehen in den Vereinten Nationen. Er erleichterte es uns, in einer Reihe von Fragen eigene Anstöße zu geben: z.B. im Bereich der Abrüstung und zum Abschluss einer Konvention gegen das Verbrechen der Geiselnahme. Auf unserer Initiative beruhen Resolutionen zur Frage der Vermeidung massiver Flüchtlingsströme und zur Erweiterung der Befugnisse des Generalsekretärs im Bereich der Konfliktsprävention. Was wir damals mit großer Mühe und gegen zahlreiche Widerstände dazu erarbeitet haben, gilt heute als selbstverständlich und bildete später die Grundlage für das, was die Agenda für den Frieden unter dem Begriff der *preventive diplomacy* weiterentwickelte.

VI.

1987/88 waren wir wieder Mitglied des Sicherheitsrats, der als wichtigsten Punkt den schon sieben Jahre tobenden Krieg zwischen Irak und Iran auf seiner Tagesordnung hatte. *Saddam* hatte sich mit der Vorstellung verrechnet, das Ayatollah-Regime werde bei seinem ersten Ansturm zusam-

menbrechen. Iran leistete aber massiven Widerstand und bald standen dessen Truppen tief auf irakischem Gebiet. Der Sicherheitsrat hatte sich bisher mit dem Konflikt nur halbherzig befasst. Anfang 1987 sah es aber so aus, als bedürfe es nur noch einer starken Offensive der Perser, um bei Basra durchzubrechen, und dann würde *Khomeini* die ganze arabische Halbinsel offen vor sich liegen sehen. Jetzt erwachten die Großmächte und wollten den Irak vor der entscheidenden Niederlage bewahren.

Im Juli 1987 erlebten wir im Sicherheitsrat einen außerordentlichen, man kann sagen historischen Moment. Die fünf Ständigen Mitglieder präsentierten einen Resolutionsentwurf unter Kap. VII der Charta, mit dem der Krieg nun endlich als Friedensbruch bezeichnet wurde. Das Sensationelle war nicht so sehr, dass die Fünf in dieser Frage zu kooperieren bereit waren, sondern dass sie selbst die Initiative ergriffen und mit einem gemeinsam erarbeiteten Text als geschlossene Gruppe auftraten.

Eine euphorische Stimmung kam auf. Zum ersten Mal seit Jahrzehnten waren die zentralen Mächte bereit, ihre Verantwortung zur Friedenssicherung wahrzunehmen. Wenn Einigkeit und Geschlossenheit zu Maximen des Rates wurden, dann bestand Hoffnung, dass die Vereinten Nationen künftig ihre Aufgabe gemäß der Charta würden erfüllen können. In der Tat sind ja dann die VN in den folgenden Jahren mit ihren Friedensoperationen zu einem der wichtigsten Instrumente der Weltpolitik geworden – bis sie schließlich damit überfordert wurden.

Wir haben uns, zusammen mit Japan und Italien, aus einer gewissen Äquidistanz zu Bagdad und Teheran mit teilweiseem Erfolg bemüht, den Text der Irak/Iran-Resolution etwas objektiver und für Iran, das seine Truppen ja zurückziehen sollte, akzeptabler zu gestalten. Wir gerieten damit unter heftige Kritik der Amerikaner, denn damals war Washington mit *Saddam* innigst befreundet. Iran war damals der Feind. Aber *Khomeini* wollte sich dem Sicherheitsrat nicht beugen, sondern leitete mit heimlicher Hilfe der Kurden einen Angriff im Norden ein, worauf *Saddam* seine eigene kurdische Bevölkerung in der Stadt Halabschah mit Giftgas bombardierte. Es gelang uns, im Sicherheitsrat einstimmig eine Resolution gegen den Gebrauch von chemischen Waffen durchzubringen. Aber *Saddam* entschied den Krieg schließlich, indem er die iranischen Streitkräfte wiederum mit Gasgranaten in die Flucht schlug. Zwei persische Provinzen, die er als Faustpfand besetzte, gab er erst wieder heraus, als er Kuwait überfiel.

Seit 25 Jahren ist das arme irakische Volk nicht zur Ruhe gekommen. Wenn auch die amerikanisch-britische Intervention ohne ein Mandat der Vereinten Nationen erfolgte, so muss man es doch, so meine ich, begrüßen, dass das Schreckensregime Saddams beseitigt worden ist. Aber der Irak leidet weiter. Es ist gut, dass Washington jetzt zum Sicherheitsrat zurückkehrt und dass die Vereinten Nationen stärker involviert werden sollen, um das Land zu stabilisieren. Dies liegt im Interesse ganz Europas und es ist zu hoffen, dass wir uns nicht nur im Sicherheitsrat sondern auch mit konstruktiver praktischer Hilfe daran beteiligen werden.

VII.

Lassen Sie mich, obgleich ich eine Fülle anderer VN-Themen ganz beiseite gelassen habe, mit einer etwas allgemeineren Anmerkung schließen.

Manche Kritiker haben den Bundesregierungen vorgehalten, in den Vereinten Nationen ein zu geringes Profil gezeigt zu haben. Sozusagen: nach aktiver Nicht-Mitgliedschaft dann nicht-aktive Mitgliedschaft. Sicherlich hätten wir hier und da mehr tun können und auch sollen. Aber wir sind ja nicht nach New York gegangen, um der Welt ein hohes deutsches Profil zu zeigen, sondern um unsere Interessen wahrzunehmen und ein verläSSLicher Partner zu sein. Das ist uns, meine ich, gelungen. Und da die Welt, so wie sie in den Vereinten Nationen in Erscheinung tritt, es nicht liebt, ständig belehrt zu werden, war es gut, dass wir dort auch ein wenig Bescheidenheit gelernt haben. Insofern ist die Bilanz eigentlich so schlecht nicht.

Politik in den Vereinten Nationen ist für jedes Land ein bedeutender Teil seiner Außenpolitik. Die Mitgestaltung der Dinge in den Gremien der Vereinten Nationen gibt der Außenpolitik eine zusätzliche, weltweite Dimension. Die Vereinten Nationen sind, mit all ihren Schwächen und Unzulänglichkeiten, das Forum, auf dem so etwas wie eine Weltmeinung artikuliert wird. Dort bilden sich Maßstäbe heraus, die umgekehrt aber auch für die Standortbestimmung nationaler Politiken von Bedeutung werden. Über eine längere Zeitspanne gesehen, lehrt die Erfahrung, dass sich niemand – selbst die einzig verbliebene Supermacht nicht – zu lange und zu oft mit diesen Maßstäben in Widerspruch befinden möchte. Und so wirken die Vereinten Nationen als die Schule des immer wieder neu zu entwickelnden Konsenses auf die Politik der Mitgliedstaaten zurück.

Wir sind uns in den 30 Jahren VN-Mitgliedschaft dieser Wechselwirkung

stets bewusst gewesen und haben uns trotz gelegentlicher Schwierigkeiten vor ihr nicht verschlossen. Ganz grundsätzlich waren die Zielsetzungen der Charta, ihre *purposes and principles*, auch die Leitlinien der deutschen Außenpolitik. Und dies soll auch so bleiben.

In diesem Sinne wünsche ich unserer Ausstellung hier in Jena und wo immer sie noch hinkommen mag, Erfolg und weite Aufmerksamkeit.

Forum Politicum Jenense

FRIEDRICH-SCHILLER-UNIVERSITÄT

(Bezug gegen Einsendung der Herstellungskosten + Porto)

Beitrag Nr. 1:

Klaus Dicke: Der Krieg als Lehrmeister des Friedens?, Jena 1996

Beitrag Nr. 2:

Ingo Kolboom: Die Ära Mitterrand 1981 – 1995. Versuch einer Bilanz, Jena 1997

Beitrag Nr. 3:

Jörg Monar: Der Vertrag von Amsterdam. Grenzen und Risiken des intergouvernementalen Verfassungsgebungsprozesses der Europäischen Union, Jena 1998

Beitrag Nr. 4:

Hans Maier: Europa und die Kirchen

Werner Leich: Zum Verhältnis von Staat und Kirche in der DDR. Hintergründe, Fakten, Erkenntnisse, Jena 1998

Beitrag Nr. 5:

Helmut Hubel: Moral, Realpolitik und transnationale Bindungen: Das trilaterale Verhältnis zwischen Deutschland, Israel und den USA, Jena 1998

Beitrag Nr. 6:

Karl Schmitt (Hrsg.): Kirchen und Politik in und nach der friedlichen Revolution, Jena 1999

Beitrag Nr. 7:

Helmut Hubel (Hrsg.): Quo vadis, Amerika? Beiträge zur Innen- und Außenpolitik der USA, Jena 1999

Beitrag Nr. 8:

Torsten Oppeland: Die deutsch-amerikanischen Beziehungen nach dem Ende des Ost-West-Konflikts, Jena 2000

Beitrag Nr. 9:

Michael Mertes: Zur Entstehung und Wirkung des Zehn-Punkte-Programms vom 28. November 1989. Ein Werkstattbericht, Jena 2001

Beitrag Nr. 10:

Richard Stöss: Rechtsextremismus. Begriffe, Ursachen, Ziele, Entwicklung und Perspektiven, Jena 2001

Beitrag Nr. 11:

Klaus Dicke: Globales Recht ohne Weltherrschaft. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen als Welt-Gesetzgeber?, Jena 2001

Beitrag Nr. 12:

Helmut Hubel: Die Ostbeziehungen der sich erweiternden EU, Jena 2001

Beitrag Nr. 13:

Klaus Dicke: Harry Graf Kessler und sein "Verfassungsentwurf für den Völkerbund", Jena 2002

Beitrag Nr. 14:

Hartmut Behr und Markus Kaim (Hrsg.): Der Irak-Konflikt. Aktuelle Analysen,
Jena 2003

Beitrag Nr. 15:

Torsten Oppelland (Hrsg.): Warum Wahlen verloren gehen. Studien zu den
Wahlkampfstrategien von CDU/CSU, FDP und PDS im Bundestagswahl-
kampf 2002, Jena 2003

Beitrag Nr. 16:

Alexander Graf York von Wartenburg: 30 Jahre Deutschland in den
Vereinten Nationen, Jena 2004